STADT STEIN AM RHEIN

Sitzung 03/13 des Einwohnerrates

Freitag, 12. April 2013, 20.00 - 22.20 Uhr
Bürgerasyl, Jakob und Emma Windler-Saal

Vorsitz:	Käser	Werner	FDP	Präsident
Anwesend:	<u>Einwohnerrat</u>			
	Derrer	Jörg	SP	Stimmenzähler
	Dean	Cornelia	SP	
	Della Giacoma	Claudio	FDP	
	Flück	Christian	Pro Stein	Stimmenzähler
	Frei	Christoph	Pro Stein	
	Gruhler Heinzer	Irene	SP	
	Käser	Werner	FDP	Präsident
	Marchetto	Gian-Luca	SVP	Aktuar
	Ochsner	Daniel	SVP	
	Oster	Rolf	SP	
	Rossi	Jean-Marc	ÖBS	
	Schäffeler	René	FDP	
	Spescha	Peter	SP	
	Vetterli	Ruedi	parteilos	Vize-Präsident
	<u>Stadtrat</u>			
	Eimer	Claudia Pia	Stadtpräsidentin	
	Böhni	Ernst	Sicherheitsreferent	
	Hug	Beat	Finanzreferent	
	Oderbolz	Markus	Bau- und Werkreferent	
	Schilling	Heidi	Sozialreferentin	
	<u>Verwaltung</u>			
	Brügel	Stephan	Stadtschreiber	
	Grötchen	Robert	Polizeichef/Weibel	
Entschuldigt:	Cantieni	Arthur	SP	
Protokoll:	Widmer	Yvonne	Protokollführerin	

Traktanden

1. Protokollgenehmigung
2. Einbau eines Gaskessels in die Heizungszentrale für den Sommer- und Notbetrieb
   Kreditantrag über Fr. 275‘000
3. Huberlistrasse, Strassen- und Werkleitungssanierung
   Kreditantrag über Fr. 358‘000
4. Zwinglistrasse, Ersatz Wasserleitung und Sanierung Kanalisation
   Kreditantrag über Fr. 288‘000
5. Sanierung Hemishoferstrasse Ortseingang bis Schwemmgraben
   Sanierung Werkleitungen und Parkplatz Strandbad sowie Ausbau des Radweges
   Kreditantrag für Planungskredit über Fr. 62‘000
6. Postulat Oster: Nutzung von Dächern für Energieerzeugungsanlagen
   Antrag auf Fristverlängerung bis 31.12.2013
7. Volksmotion Heinz Moll und dreizehn Mitunterzeichnende
   Erarbeitung eines Reglements betreffend der Bootsliegeplätze, das die Verteilung und Bewirtschaftung sowie die Gestaltung der bestehenden Bootsliegeplätze beinhaltet und regelt und die Bildung einer Hafenkommission vorsieht
   Fristverlängerung bis 30. 11.2013
8. Postulat Gruhler
   Wechselwirkung von Wohn-, Gewerbe-, Industrie- und Naturschutzzonen
9. Zwischenbericht der Kommission Geschäftsberatungsprozess: Information
10. Allgemeine Umfrage

Einwohnerratspräsident Werner Käser eröffnet die Sitzung um 20.00 Uhr und begrüsst die Anwesenden.

Als Traktandum 9 möchte Werner Käser den Zwischenbericht der Kommission Geschäftsberatungsprozess einfügen.

Die abgeänderte Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat **03.20.000**

1. Protokollgenehmigung

Das Protokoll der Sitzung vom 1. März 2013 wird einstimmig genehmigt.

VOLKSWIRTSCHAFT, Energie, Wärmeverbund 10.05.010

2. Einbau eines Gaskessels in die Heizungszentrale für den Sommer- und Notbetrieb Kreditantrag über Fr. 275‘000

M. Oderbolz, Bau- und Werkreferent, erklärt, dass die Geschichte, die zu diesem Kreditantrag geführt hat, bekannt und in den Unterlagen sehr ausführlich beschrieben ist. Die Heizung verursacht, vor allem in den Übergangsmonaten, Geruchsemissionen. Die Anlage wurde 2007 erstellt, stetig ausgebaut und hat eine sehr gute Auslastung. Die Geruchsemissionen konnte man aber nicht in den Griff bekommen. Durch verschiedene Ingenieur-Büros wurden die möglichen Massnahmen wie Kaminerhöhung, Leistungsreduktion oder eine andere Übergangslösung überprüft. Für diese Vorlage wurde eine Zweitmeinung eingeholt, um sich nicht wiederum auf einen Ingenieur abstützen zu müssen.
Der Stadtrat hat versucht, die Anlage so zu verbessern, dass für die nächsten Anwohner keine Geruchsemissionen mehr verursacht werden. Deshalb wird beantragt, die Holzschnitzelheizung durch eine Gasheizung zu ergänzen. Diese hat noch weitere Vorteile. Die Anlage ist sehr gut ausgelastet. Mit der neuen Anlage besteht die Möglichkeit, Spitzen zu brechen, d.h. bei einem grossen Energiebedarf kann die Gasanlage auch da unterstützen. Man ist besser für den Betrieb - und Unterhalt gerüstet, bei Revision eines Kessels kann die Gasheizung zugeschaltet werden.
Das wichtigste Anliegen ist es aber, dass es eine Holzschnitzelanlage ist, die allen dient. Nicht nur den Energiebezügern sondern auch denjenigen, die in der Nähe der Anlage leben. Man ist mit den Anwohnern zusammengekommen, hat dies in einer Arbeitsgruppe diskutiert und diese Lösung wurde für gut befunden. Man darf vorausschicken, dass es dem Stadtrat nicht einfach gefallen ist, so viel Geld in die Hände zu nehmen für eine Anlage, die eigentlich gut gebaut worden ist, aber vielleicht einfach ihre Schwierigkeiten hat, wie andere Anlagen auch. Durch diese Ergänzung möchte man das nun lösen.
Der Stadtrat möchte aufgrund der detaillierten Äusserungen in der Vorlage beliebt machen, der Gasheizung mit einem Betrag von Fr. 275‘000 zuzustimmen. Diese Investitionen wurden bereits mit dem Horizont geplant, in 2-3 Jahren zu investieren um Unterhalt und Service zu ermöglichen.

Eintreten

Ch. Flück, Pro Stein, sagt, dass der Einbau dieses Gaskessels aus verschiedenen Gründen notwendig ist. Der Wärmeverbund Stein am Rhein hat, aufgrund der mit den Bezügern abgeschlossenen Verträge, einen Leistungsauftrag zu erfüllen. Damit dieser gewährleistet werden kann, muss der Betrieb ganzjährig sicher laufen können. Dies muss auch in einem Pannenfall möglich sein. Die Versorgung des Netzes ist auch im Falle einer Revision nicht unproblematisch. Eine Notanlage kann dann zwar innerhalb 24 Stunden zugeschaltet werden, aber dieser Betrieb ist extrem teuer. Zudem ist der Betrieb aus Emissionsgründen im Sommer vom Kanton untersagt worden. Eine Lösung mit der Variante Gaskessel wurde überprüft und steht an, aber es ist schade, dass dieser Einbau nicht schon vor 6 Jahren gemacht wurde und jetzt wieder mehr als eine Viertelmillion für eine Ergänzung anfallen muss.
Ein grosses Fragezeichen bleibt, auch im Zusammenhang mit der Prüfung durch die GPK, und zwar, ob überhaupt ein wirtschaftlicher Betrieb des Wärmeverbundes möglich sein wird. Nach 6 Jahren ist die Rechnung im sechsstelligen SFr.-Betrag im Minus. Es ist allerdings eine separate Rechnung. Da die Stadt in einem Leistungszwang ist, muss dieser Vorlage zugestimmt werden. Deshalb ist die bürgerliche Fraktion für Eintreten.

I. Gruhler, SP, erklärt, dass die Fraktion grossmehrheitlich der Meinung ist, dass etwas passieren muss. Auch wenn der eigentliche Sinn einer ökologischen Energienutzung jetzt nicht erfüllt wird, indem man Gas, z.B. aus Russland, importiert. Aber es muss etwas geschehen und die SP-Fraktion ist für Eintreten.

R. Oster, SP, hat die Vorlage angeschaut und er konnte dem Stadtrat folgen, wieso man eine Gasheizung einbauen will. Er möchte auch nicht am Thema Wärmeverbund rütteln. Die Geruchsbelästigung ist mit einer Gasheizung wohl wesentlich weniger, aber wahrscheinlich nicht weg. Seine Überzeugung ist, dass man weitere Massnahmen ergreifen muss. In der Vorlage von 2007 sprach man von der Luftreinhalteverordnung, jetzt vom Umweltschutzgesetz. Dies hätte durch die Stadt und die Experten überprüft werden müssen. Er hofft, dass es dann nicht zu einer Belästigung durch Schwefelgerüche kommen wird, dies möchte er monieren. Er als Einwohnerrat muss auf Probleme hinweisen und er sieht darin ein grosses Problem, das man anschauen muss und er wird in der Detailberatung einen Antrag stellen, um diese Problematik zu lösen.

B. Hug, Finanzreferent, hat noch eine kleine Ergänzung zum Thema Wirtschaftlichkeitsberechnung. Die Stadtrechnung wird nicht belastet, da es sich um eine separate Rechnung handelt. Man hat dort zwar minus, aber man musste Vorinvestitionen leisten. Man wird nicht darum herumkommen Vorinvestitionen zu tätigen, wenn man etwas für die Umwelt machen will. Was den Wärmeverbund betrifft, werden die Bezüger zur Kasse kommen, die Stadt natürlich als einer der grössten Bezüger auch, inzwischen sind allerdings 59% der Bezüger Private. Der Wärmepreis muss sicher angeschaut werden, da nicht immer minus geschrieben werden kann.

Detailberatung
Seite 2
J. Derrer, SP, möchte beliebt machen, dass anlässlich des Einbaus des Gaskessels auch mehr Arbeitsplatz für die Revisionstätigkeit geschaffen wird. Die jetzigen Verhältnisse in der Heizung sind sehr beengt und nicht angenehm.
M. Oderbolz kann informieren, dass es vorgesehen ist, den Arbeitsplatz, der jetzt in der Heizung ist, zu verschieben.

Seite 4
G. Marchetto, SVP, hat eine Frage zum vorliegenden Terminplan. Er findet es eine sportliche Herausforderung in 2 ½ Monaten Fr. 275‘000 zu investieren resp. zu verbauen. Es dies überhaupt möglich bzw. denkbar?
M. Oderbolz erklärt, dass bereits sehr viele Vorarbeiten geleistet worden sind, dass der Termin überhaupt realisiert werden kann. Sie sind bereit und könnten eigentlich am Montag bereits beginnen.
R. Schäffeler, FDP, findet es schade, dass zu der Vorlage keine aktuelle Betriebsrechnung vorliegt. Er möchte den Stadtrat bitten, der GPK zusammen mit dem Voranschlag 2014 eine solche, aktualisierte Betriebsrechnung zur Verfügung zu stellen. Das Thema wurde in der GPK schon mehrmals überprüft und jetzt gibt es neue Grundlagen mit dieser Anschaffung und Investition. Es ist aus seiner Sicht zwingend nötig, dass die GPK die Betriebsrechnung prüfen kann, wenn sie den Voranschlag 2014 erhält.
B. Hug verweist darauf, dass man immer die aktuellen Zahlen einfliessen liess, dies gilt auch für Investitionen und das wird man auch weiterhin machen. Auch ein möglicher Ausbau mit möglichen neuen Bezügern wird man einfliessen lassen. Diese Anpassungen hat man immer gemacht und wird man auch weiter machen.

R. Oster möchte zu Punkte 8 sprechen, zu den Erwägungen des Stadtrates. Diese sind für ihn nachvollziehbar, aber zu wenig weitreichend. Grund ist, dass die Heizung rund 20 Meter zu tief steht zum Hügel Boll. Die Windausrichtungen ziehen genau in dorthin. Die Geruchsbelästigungen werden durch die Gasheizung im Sommer weniger, im Winter aber immer noch da sein. Gas stinkt nach Schwefel, das ist einfach nicht von der Hand zu weisen. Der Stadtrat hat für ihn zu wenig weit gedacht und das Thema Geruchsbelästigung sieht er immer noch nicht gelöst. Es gibt dafür zwei Lösungsansätze und zwar einen höheren Kamin zu machen, zwischen 20 – 25 Meter hoch, oder eine Filteranlage, sodass eine Geruchsbelästigung nicht mehr da ist. In der Vorlage ist ersichtlich, dass Wilchingen wie Siblingen eine Ölheizung eingebaut haben und diese sind dort sehr gut, da die Heizungen auf dem freien Gelände stehen. Dies ist in Stein am Rhein nicht der Fall.
Er stellt den Antrag, dass man einen Zusatzkredit bewilligt für Fr. 125‘000 und in eine Filteranlage investiert, um genau diese Geruchsbelästigung zu reduzieren. Er kann hinter der Heizung stehen, er kann hinter dem Holz und dem Gas stehen, aber er denkt, die Geruchsbelästigung ist nicht weg. Sollte sich nur jemand am Geruch stören, gibt es ein weiteres Problem und das möchte er verhindern. Er weiss, es ist ein Schuss aus der Hüfte mit diesen Fr. 125‘000, aber er möchte dieses Thema vom Tisch haben.
B. Hug bittet, dass man den Antrag ablehnt. Gäbe es einen Filter zur Verhinderung der Geruchsemissionen, hätte man dies sicher überprüft und eingebaut. Bewilligungsinstanz für die neue Anlage ist der Kanton. Der Kanton hat Fehler gemacht bei der letzten Bewilligung, die Topographie wurde genannt, und der Kanton macht diesen Fehler sicher kein zweites Mal. Die Geruchemissionen entstehen durch gewisse Aromaten, Kohlewasserstoff-Verbindungen, diese können beim Gas nicht angetroffen werden. Schwefel hat es keinen im Gas, deshalb gibt es auch keine Schwefeldioxid-Emissionen. Es gibt keinen nützlichen Filter und es bringt auch nichts. Diese Abklärungen wurden sicher getroffen und deshalb ist dieser Zusatzkredit nicht zu bewilligen. Die Standortüberprüfung bezüglich Emissionsausbreitung wurde nachgeholt, die Strömungsberechnungen wurden gemacht und auch ein höherer Kamin würde nichts bringen. Diese Daten liegen dem Kanton vor und dieser wird nichts mehr bewilligen, das nicht funktioniert.
R. Oster möchte darauf eine Antwort geben. Er ist nicht der Meinung, dass es keine solchen Filteranlagen gibt, solche gibt es. Die Geruchsthematik ist ein Problem, das existiert. Der Kanton ist eine Bewilligungsbehörde und keine Beratungsbehörde. Die Stadt sollte eigentlich die Betreiber-Verantwortung übernehmen und dies heisst, alles nötige zu machen, um die Geruchsemissionen zu beseitigen. Die Geruchsemissionen sind nicht so, wie sie der Gesetzgeber vorschreibt, sondern so, wie sie mit der Nase wahrgenommen werden. Deshalb lässt er seinen Antrag stehen und bittet die Einwohnerräte, seinem Antrag zu folgen.
J.-M. Rossi, ÖBS, erinnert sich an die Aussage von Beat Hug, dass die Anlage vor allem stinkt, wenn sie an- bzw. ausgeschaltet wird, Dies passiert im Sommer mehr als im Winter. Vor diesem Hintergrund erachtet er es nicht als nötig, noch einen zusätzlichen Filter einzubauen, das Problem ist mit der Gasheizung ja bereits gelöst.
G. Marchetto, SVP, möchte wissen, wie R. Oster auf die Fr. 125‘000 kommt. Wurde dies konkret durch Firmen abgeklärt oder ist das tatsächlich ein Schuss aus der Hüfte. In diesem Moment ist er etwas unsicher, da der Stadtrat dies überprüfen liess. Er möchte vermeiden, dass man in 10 Jahren fragt, ob man nicht an diese Möglichkeit gedacht hat. Aber gemäss Ausführungen von B. Hug wurde dies bereits abgeklärt und so sicher auch irgendwo protokolliert.
R. Oster erklärt, er sei im Moment an einem Projekt in der näheren Umgebung, in einer Firma, die genau dieses Problem der Geruchsbelästigung mit einer Industrieanlage hat.

Dort hat man genau das Thema, dass die Geruchsbelästigung nicht von vorgegebenen Werten abhängig ist, sondern von der Nase. Man war unter den Grenzwerten, aber es gab Leute, die sich trotzdem daran gestört haben. Selbst der Ingenieur, der jeden Tag dorthin gefahren ist, musste feststellen, dass es einfach zu fest stinkt. Die Fr. 125‘000 kommen so zustanden, dass jene Anlage Fr. 100‘000 gekostet hat und mit etwas Reserve sind die Fr. 125'000 entstanden.
R. Vetterli, parteilos, interessiert, wie viel ein nachträglicher Einbau einer Filteranlage mehr kosten würde. Er findet es etwas problematisch, jetzt einfach Fr. 125‘000 zu bewilligen, es steht Aussage gegen Aussage.
M. Oderbolz möchte nochmals betonen, dass der Stadtrat wirklich bemüht ist, dieses Thema für die Anwohner zu lösen. Die Grenzwerte wurden nie überschritten, es geht um das persönliche Empfinden. Zwei Ingenieur-Büros haben unabhängig voneinander das gleiche Resultat erhalten und sie haben die Gasheizung empfohlen. Was ein nachträglicher Filter-Einbau kosten würde, kann er nicht sagen, da dies nicht überprüft wurde. Aber ein nachträglicher Einbau ist immer teurer.
B. Hug möchte klar stellen, dass der Filtereinbau zur Verminderung der Geruchsemissionen für die Gasheizung nicht überprüft wurde, sondern nur für den Holzkessel. Er möchte nochmals bitten, den Antrag abzulehnen. Sie möchten jetzt vorwärts machen, damit die Anwohner die Geruchsemissionen nicht mehr haben. Nach seinem technischen Wissen kann keine Verbesserung erreicht werden und die Anlage sollte wie geplant gebaut werden.

Antrag Rolf Oster
Erhöhung des Kreditantrags von Fr. 275’00 um Fr. 125’00 auf Fr. 400‘000 für den Einbau einer Filteranlage zur Reduktion der Geruchsemissionen im Winter und Sommer.

B. Hug möchte darauf aufmerksam machen, dass der Antrag von R. Oster die Geruchsemissionen im Sommer und Winter reduzieren möchte. Der Gaskessel läuft aber wirklich nur im Sommer oder bei Spitzenbelastungen, dann müsste man ja beim Holzkessel auch etwas machen. Dies wurde überprüft und ist technisch wohl machbar, aber dann spricht man von anderen Beträgen. Da müsste der Antrag präzisiert werden, da es zwei verschiedene Kamine sind.

Beschluss Antrag Oster

Der Antrag Rolf Oster, den Kredit um Fr. 125‘000 für den Einbau einer Filteranlage zu erhöhen wird mit 7 Nein-Stimmen zu 3 Ja- Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Beschluss

Der Baukredit von Fr. 275’00 für den Einbau eines Gaskessels für den Sommer- und Notbetrieb des Wärmeverbundes wird mit 12 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

Mitteilung an
Bereichsleiter Bau
Bereichsleiter Finanzen
Stadtkanzlei (Sitzungsunterlagen)
Ablage

BAU, Wasserversorgung, Wasserversorgung 00.50.020

3. Huberlistrasse, Strassen- und Werkleitungssanierung Kreditantrag über Fr. 358‘000

M. Oderbolz, Bau- und Werkreferent, informiert, dass es sich dabei um eine weitere Etappe des Sanierungsplans, der im Einwohnerrat bereits einmal bewilligt wurde, handelt. Mehrere Projekte sind bereits jetzt in Arbeit und man muss vorwärts machen, um die Subventionen zu erhalten. Bei der ersten Vorlage geht es um die Huberlistrasse, Strassen- und Werkleitungssanierungen. Die Arbeiten sind detailliert im Antrag des Stadtrates beschrieben. Die Anträge sind in letzter Zeit immer gleich. Auf Seite 3 sind die Baukosten ersichtlich mit Fr. 170‘000 für den Strassenbau, Fr. 126’00 für die Wasserleitungen und Fr. 62‘000 für die Kanalisation, dies ergibt die Brutto-Kreditsumme von Fr. 358‘000. Erwartet werden Subventionszahlungen von Fr. 29‘000, dies ergibt Nettokosten von Fr. 329‘000, die nachher über Gebühren abgewickelt werden. Der Stadtrat bittet, dem Antrag zuzustimmen, damit der Zeitplan eingehalten werden kann.

Eintreten

Ch. Frei, Pro Stein, weist darauf hin, dass mit der Sanierung der Werkleitungen an der Huberlistrasse der unzureichende Löschschutz bei den angrenzenden Liegenschaften behoben wird. Mit der Neuerstellung der Wasserleitungen entsteht eine Ringleitung, welche das Strömungsverhalten optimiert. Der zusätzliche Hydrant ergibt eine erhöhte Sicherheit bei der Löschwasserversorgung im Falle eines Brandes. Erfreulich ist, dass bei dieser Strassensanierung mehr Kandelaber gesetzt werden und mit LED-Technologie ausgerüstet. Wie erwähnt kann damit der bereitgestellte Kantonsbeitrag für Erstellung und Erneuerung von Anlagen der Löschwasserversorgung von Fr. 29'000 abgeholt werden. Die bürgerliche Fraktion ist für Eintreten.

J. Derrer, SP, erklärt die SP-Fraktion sei für Eintreten auf die Kredit-Vorlage. Sie erachten es als richtig, dass mit der Erschliessung des Baulandes im W1, die Wasserleitungen vergrössert werden und die Versorgung mit dieser neuen Ringleitung verbessert wird. Nachdem die Arbeiten am Schwemmgraben bald abgeschlossen sind, wäre es unsinnig, den oberen Teil nicht zu sanieren.

Detailberatung

Seite 2

R. Oster, SP, hat eine Frage bezüglich der Rebzone bzw. Reservezone nach der Kurve Huberlistrasse. Wieso werden dort nicht auch Anschlüsse für die Häuser gemacht? Oder wie lange will der Stadtrat diese Reservezone noch behalten? Hat man sich diesbezüglich Gedanken zu diesem Thema gemacht?

M. Oderbolz bezieht sich auf den Plan, der zeigt, dass die Grundstücke in der Zone W1 erschlossen werden, es wird bis in die Grundstücke hineingefahren. Stein am Rhein ist in der glücklichen Lage, noch genug Bauland zu haben und es macht keinen Sinn im Moment, im Rahmen des Raumplanungsgesetzes, das auf die Gemeinde zukommt, zusätzliche Zonen zu erschliessen. Eine Reservezone gibt es übrigens nicht, dies sind höchstmögliche Erweiterungen der Bauzone, und es ist nicht opportun an solchen Orten bereits Rohrleitungen zu machen, um in vielleicht 15 Jahren mal zu bauen.

P. Spescha, SP, weist auf die Problematik des Fussweges in der Kurve hin, wo bei Regenwetter der Kies immer auf die Strasse gespült wird. Ist da eine Lösung oder Verbesserung in die Sanierung miteinbezogen?

Gemäss **M. Oderbolz** ist dies bereits mit dem Ingenieur besprochen.

Seite 3

R. Schäffeler, FDP, möchte darauf hinweisen, dass der jetzt bewilligte Betrag stark vom Voranschlag abweicht und sich immer wieder Abweichungen zum ursprünglichen Sanierungsplan ergeben. Er möchte beliebt machen, dass der Sanierungsplan überarbeitet wird, damit man für die nächsten Voranschläge und die Finanzplanung eine etwas genauere Grundlage hat und nicht immer grössere Abweichungen zur Kenntnis nehmen muss.
M. Oderbolz erklärt, dass der revidierte Sanierungsplan mit Datum 15.3.2013 vorliegt. Der Stadtrat hat diesen beauftragt. Es gibt immer wieder Anpassungen, diese werden jährlich gemacht und der Plan aktualisiert. Der Plan ist beim Stadtrat in Prüfung und sobald er ergänzt ist, wird er selbstverständlich zur Verfügung gestellt.

Beschluss

1. **Der Baukredit von Fr. 358‘000 für die Sanierung der Huberlistrasse Strassen- und Werkleitungen wird einstimmig bewilligt**

2. **Die Abschreibungsdauer auf 25 Jahre festzulegen wird einstimmig genehmigt.**

Mitteilung an
Bereichsleiter Bau
Bereichsleiter Finanzen
Stadtkanzlei (Sitzungsunterlagen)
Ablage

BAU, Wasserversorgung, Wasserversorgung **00.50.020**

BAU, Tiefbau, Kanalisationen **00.35.015**

4. Zwinglistrasse, Ersatz Wasserleitung und Sanierung Kanalisation Kreditantrag über Fr. 288‘000

M. Oderbolz, Bau- und Werkreferent, erklärt es handle sich um die gleiche Ausgangslage wie beim vorherigen Traktandum, einfach um einen anderen Ort. Auch dies ist ein Bestandteil des sogenannten Weissbuches. Es wurde detailliert informiert und der Stadtrat bittet um Zustimmung.

Eintreten
Ch. Frei, Pro Stein, erklärt, dass die bürgerliche Fraktion für Eintreten ist.

J. Derrer, SP, und die SP-Fraktion halten die Erneuerungen für sinnvoll und notwendig. Die Trink- und Löschwasserversorgung wird verbessert. Sie sind für Eintreten.

Detailberatung

J. Derrer, SP, möchte bei dieser Gelegenheit dem Stadtrat und den beteiligten Büros für die bisher geleistete Arbeit danken.

Beschluss

1. Der Baukredit von Fr. 288‘000 für den Ersatz der Wasserleitungen und die Sanierung der Mischwasserkanalisation in der Zwinglistrasse wird einstimmig genehmigt.

2. Die Abschreibungsdauer auf 25 Jahre festzulegen wird einstimmig genehmigt.

Mitteilung an
Bereichsleiter Bau
Bereichsleiter Finanzen
Stadtkanzlei (Sitzungsunterlagen)
Ablage

BAU, Tiefbau, Kantonsstrassen	**00.35.020**
BAU, Wasserversorgung, Wasserversorgung	**00.50.020**
BAU, Tiefbau, Fuss-, Rad- und Wanderwege	**00.35.005**
VERKEHR, Strasse, Parkplätze	**09.15.000**

5. Sanierung Hemishoferstrasse Ortseingang bis Schwemmgraben Sanierung Werkleitungen und Parkplatz Strandbad sowie Ausbau des Radweges Kreditantrag für Planungskredit über Fr. 62‘000

M. Oderbolz, Bau- und Werkreferent, informiert, dass diese Vorlage ebenfalls Bestandteil des Weissbuches ist und auch Bestandteil des Projektes, welches durch den Kanton bearbeitet wird. An der letzten Sitzung wurde bereits der erste Teil der Sanierung Hemishoferstrasse gut geheissen. Hier handelt es sich um den Teil vom Ortseingang bis Schwemmgraben. In der Vorlage enthalten ist eine sogenannte Vorstudie und darin geht das Konzept weiter, dass bereits in der ersten Vorlage beliebt gemacht wurde und vom Kanton initiiert worden ist, nämlich dass die Radwegführung auf die Hemishoferstrasse selber verlegt werden soll. Ein weiteres Projekt in dieser Vorlage ist der Parkplatz Strandbad. Ebenfalls in den Kredit fällt die Überprüfung der Wasserleitungen, Kanalisation.
Ziel ist es, mit diesem Projektierungskredit dem Einwohnerrat eine Vorlage zu unterbreiten, damit man im Zeitplan der Sanierung Hemishoferstrasse bleiben kann. Die detaillierten Kosten sind aufgeschlüsselt. Der Stadtrat möchte beliebt machen, den Kreditantrag zu genehmigen, denn wenn dieser ehrgeizige Terminplan eingehalten werden soll, um auch mit dem Kanton Schritt zu halten, sind sie darauf angewiesen. Vor allem da es zu dieser Vorlage eine Volksabstimmung geben wird.

Eintreten
G. Marchetto, SVP, und die bürgerliche Fraktion ist erfreut, dass dieser Antrag vorliegt und zwar aus folgenden Gründen: Es geht weiter mit der Sanierung Hemishoferstrasse, der Kanton beteiligt sich mit rund der Hälfte an den Kosten und noch in diesem Jahr wird eine Vorlage vorgelegt, die vor das Volk geht. Zudem gibt es eine Entlastung der Zone Riet/Niderfeld vom Veloverkehr. Deshalb sind sie für Eintreten.
P. Spescha, SP, erklärt, der vorliegende Planungskredit beinhalte die Erneuerungen der Werkleitungen und den Umbau der Strasse zur Kernfahrbahn mit beidseitigem Fahrradstreifen. Auf die Werkleitungen möchte er nicht mehr näher eingehen, darüber wurde heute schon genug gesprochen. Er möchte sich zur Kernfahrbahn und Lang-

samverkehr äussern. Sie begrüssen, dass verkehrsberuhigende Massnahmen ergriffen werden und der Parkplatz beim Strandbad ein vernünftiges System bekommt. Sie möchten aber darauf hinweisen, dass sie bezüglich Fussgängerstreifen-Positionierung, Ausgestaltung und Positionierung der Bushalte-Stelle und Einmündung der Fahrradfahrer vom Radweg auf die Strasse eine sichere Lösung erwarten. Die Fussgängerstreifen sollten so platziert werden, dass sie den Quartierbewohnern dienen und diese sicher zum Rhein gelangen. Der jetzige Fussgängerstreifen beim Schwemmgraben ist sehr gefährlich, das weiss er aus eigener Erfahrung. Die SP-Fraktion erachtet diesen Antrag als folgerichtig und wird darauf Eintreten.

Detailberatung

Seite 1

R. Schäffeler, FDP, ist sich nicht sicher, ob das die richtige Stelle für seine Wortmeldung ist, aber es ist im Zusammenhang mit dem Ausbau des Radwegs. Er möchte darauf hinweisen, dass der Einwohnerrat bei der 1. Etappe in Unkenntnis der Situation Rothus, die sich ergeben hat, und auch von der Situation Areal Fridau, die in der Presse waren, entschieden hat. Er möchte aufwerfen, dass sich der Stadtrat nochmals Gedanken bezüglich dieser Radweg-Führung macht, da diese Option seinerzeit nicht vorgelegt wurde. Es macht keinen Sinn einen Radweg über dieses Grundstück zu führen, wenn danach innert kurzer Zeit Alterswohnungen oder andere Projekte kommen.

M. Oderbolz erinnert daran, dass gesagt wurde, dass diese Lösung eine provisorische Lösung ist, die jederzeit mit wenigen Mitteln wieder zurückgebaut werden kann. Was auch immer in der Presse steht, der Stadtrat hat noch nichts vorgesehen und deshalb ist das immer noch die beste Lösung. Eine Realisierung auf diesem Areal wird nicht so bald geschehen.

R. Schäffeler möchte wissen, ob bei einer negativen Volksabstimmung der 2. Etappe ein Plan B vonseiten Stadtrat existiert. Sonst gibt es vorne ein Stück Radweg und hinten keine Lösung. Oder muss das Volk gezwungenermassen Ja sagen, weil der erste Teil schon gebaut ist.

M. Oderbolz erklärt, dass das Thema Kernfahrbahn teilweise vom Kanton vorgegeben ist. Dies ist die Philosophie des Kantons und nicht nur die Philosophie für Stein am Rhein, diese ist überall so und die Grundlage. Der Planungskredit ist ja dafür da, um diesen Themen nochmals nachzugehen. Basis für diesen Kredit ist eine Vorstudie, damit man die Planungskosten ermitteln kann. Deshalb bittet er, dem Kredit zuzustimmen.

J.-M. Rossi, ÖBS, möchte sich René Schäffeler anschliessen. Mit dem Verkauf Rothuus-Areal sind neue Fakten auf den Tisch gekommen. Bei der letzten Diskussion wurden ja bereits Varianten vermisst. In der Zeitung wurde von den drei Architekten eine bestechend einfache Lösung vorgeschlagen. Dies ist eine Variante, die man näher anschauen könnte.

M. Oderbolz erklärt, die Presse wisse leider nicht immer, was dahinter stehe. Auch den Lösungen, die in der Zeitung präsentiert wurden, fehlen einfach einige Grundlagen. Der Stadtrat ist sich bewusst und wird auch nochmals überprüfen, was für Möglichkeiten da sind, und dies wird in einer Arbeitsgruppe sicher angegangen und diskutiert.

Teilweise Fakten aus der Presse werden herausgenommen und sind nicht zu Ende gedacht. Er bittet jeweils das persönliche Gespräch zu suchen, dann wird man richtig informiert. Sie nehmen sich die Anregungen aber zu Herzen und werden dies mit diesem Planungskredit überprüfen.

J.-M. Rossi möchte wissen, ob das Planungsbüro diese Variante auch in Betracht gezogen hat. Die drei Architekten haben das einfach so gemacht. Eigentlich müsste ja das Planungsbüro verschiedene Varianten vorschlagen. Es gab ja sicher verschiedene Varianten, die dann verworfen wurden.

M. Oderbolz erklärt, es sei immer so, dass nicht nur eine Variante verfolgt werde. Es werden in einer Projektierung immer mehrere Varianten ausgelotet. Dann wird das bestmögliche Projekt, sei es von der Realisierbarkeit, sei es von den Kosten her oder anderen Kriterien, beantragt. Das war bei der Hemishoferstrasse Ost so und dafür brauchen sie jetzt auch den Kredit, damit diese Themen nochmals aufgerollt werden können. Sie wissen noch nicht, was es kosten wird, den Parkplatz zu sanieren, wie viel Geld dem Kanton für die Sanierung der Strasse zur Verfügung steht. Das muss eine Arbeitsgruppe abklären und dafür brauchen sie die Unterstützung durch die Ingenieure.
P. Spescha spürt bei sich und anderen Räten ein Gefühl von Unwohlsein, dass Projekte vorgelegt werden, die relativ kurzfristig sind. Der erste Teil Hemishoferstrasse war einfach da und sie konnten ja oder nein sagen. Betreffend Varianten war er auch einmal der Meinung, am Rhein entlang wäre am besten. Wenn er sich jetzt die Hemishoferstrasse mit Kernfahrbahn und Radstreifen vorstellt, dann muss er sagen, es ist keine goldene Lösung, aber es ist eine brauchbare Lösung. Und eine Lösung ist dringend notwendig. Die Vision gefällt ihm auch, sie sieht gut aus, nur bis diese realisiert wäre, ginge es wieder 5 Jahre, vielleicht auch 10. Es fahren viele Fahrradfahrer auf dieser Strasse, suchen dann den Weg in den Schwemmgraben und finden ihn nicht. Die Lösung mit dem Radstreifen ist eine Lösung, die brauchbar ist und auch eine gewisse Sicherheit bietet.

Seite 3
R. Schäffeler möchte eine grobe Aussage zum Beitrag des Kantons.
S. Brügel, Stadtschreiber, informiert, dass die Verhandlungen über die Aufnahme der Radwege in den Strassenrichtplan am Laufen sind. Diese werden möglicherweise auch eine teilweise Kantonsaufgabe. Der Kantonsrat bzw. eine Kommission ist jetzt an diesen Verhandlungen. Man erwartet, dass die Hemishoferstrasse eines der ersten Projekte ist, das davon profitiert. Es gibt aber keine Zusicherung, darum kann keine Aussage gemacht werden. Bis jetzt war es so, dass Radwege und Parkplätze Sache der Stadt waren, auch der Radweg innerhalb der Ortstafeln.

Seite 4
J.-M. Rossi hat Zweifel, ob es sinnvoll ist, bei so vielen Gerüchten nur mit einem Vorschlag in die Volksabstimmung zu gehen. Will sich der Stadtrat nicht die Zeit nehmen, um noch eine zweite Variante, ein Plan B, aufzustellen, für den Fall einer Ablehnung.
M. Oderbolz erklärt, dass es sich um einen Projektierungskredit handelt und da wird man zu einem Resultat kommen, auch ob es sinnvoll ist eine, zwei oder vielleicht sogar drei Varianten weiter zu verfolgen und diese dann im Einwohnerrat vorzulegen, bevor die Vorlage dem Volk zur Abstimmung gebracht wird. Sie erarbeiten die Grundlagen, die dem Einwohnerrat dann vorgelegt werden.

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt einstimmig den Kredit von brutto Fr. 62‘000 für die Erarbeitung des Bauprojektes „Hemishoferstrasse West“ von der Einmündung Schwemmgraben bis zur ARA.

Mitteilung an
Bereichsleiter Bau
Bereichsleiter Finanzen
Stadtkanzlei (Sitzungsunterlagen)
Ablage

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat **03.20.000**

VOLKSWIRTSCHAFT, Energie **10.05.**

6. Postulat Oster: Nutzung von Dächern für Energieerzeugungsan-

lagen
Antrag auf Fristverlängerung bis 31.12.2013

Rolf Oster, SP, nimmt den Antrag des Stadtrates zur Kenntnis und wenn dieser mehr Zeit braucht, um eine gute Lösung zu finden, ist das sicher berechtigt. Was ihn in der Begründung stört ist, dass nicht erwähnt ist, dass der Stadtrat schlussendlich keine Zeit hat, um im Moment etwas zu machen. Es wäre gut gewesen, wenn dies erwähnt worden wäre. Es geht nicht um die Finanzierung der Beiträge, die sind so oder so da, und wie bekannt ist, sind diese relativ tief. Der Betreiber einer Anlage wird das zu spüren bekommen. Das Konzept zu erarbeiten, welche Gebäude geeignet sind, könnte man auch so. Der wesentliche Punkt ist, dass der Stadtrat sich im Moment anderen Sachen widmen möchte und er hofft, dass der Stadtrat eine gute Lösung bringt.

D. Ochsner, SVP, findet, da vom Kanton wieder Gelder ausgeschüttet werden, ist dies sicher ein guter Zeitpunkt, um sich mit diesem Projekt wieder zu befassen. Die bürgerliche Fraktion ist in Anbetracht der momentanen Arbeitsbelastung des Stadtrates für die Fristverlängerung bis 31.12.2013.

Für **Ch. Flück, Pro Stein,** ist es unbestritten, dem Antrag zuzustimmen. Er möchte darauf hinweisen, dass es andere Energieformen gibt wie Geothermie, Photovoltaik und es gibt Zuschüsse vom Kanton. Er würde es lieber sehen, wenn das Thema in einer Gesamtoptik mit einem Energiekonzept für Stein am Rhein betrachtet würde. Er möchte beliebt machen, dass man etwas weiter denkt. Es gibt verschiedene Energieformen und Träger, die es erforderlich machen, alles als Gesamtes zu betrachten.

R. Oster möchte Ch. Flück kurz Antwort geben. Er hat seinen Antrag vor gut 1 ½ Jahren eingereicht und inzwischen ist in das ganze Thema auch wieder etwas Bewegung gekommen. Der Stadtrat ist mit dem Postulat gebunden, dieses Thema zu behandeln und den Rest wird er sicher auch machen, dies ist zu hoffen, und sonst muss Ch. Flück ein Postulat in den Einwohnerrat bringen.

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt die Fristverlängerung für die Behandlung des Postulates Oster bis 31.12.2013 einstimmig.

Mitteilung an
Bau-/Werkreferent
Stadtschreiber
Bereichsleiter Bau
Stadtkanzlei (Sitzungsunterlagen)
Ablage

7. Volksmotion Heinz Moll und dreizehn Mitunterzeichnende Erarbeitung eines Reglements betreffend der Bootsliegeplätze, das die Verteilung und Bewirtschaftung sowie die Gestaltung der bestehenden Bootsliegeplätze beinhaltet und regelt und die Bildung einer Hafenkommission vorsieht Fristverlängerung bis 30. 11.2013

Claudio Della Giacoma, FDP, informiert, dass die bürgerliche Fraktion dieser Fristverlängerung zustimmen wird. Die Zustimmung ist eher unzufrieden und beinhaltet ein dickes „aber". Das Reglement ist ja vorhanden und nach seiner Meinung abstimmungsreif. Bei der Begründung der Verlängerung wird von divergierenden Meinungen gesprochen. Sie möchten wissen, was die Beweggründe sind, dies zu verlängern. Er hat den Eindruck, das Geschäft sei zu wenig wichtig oder man will es noch mit anderen Projekten verknüpfen.
Persönlich wundert er sich, dass bei den Stegen in Stein am Rhein der Zutritt für Unbefugte nicht verwehrt ist. Es gibt Metallflügel/Sperrgitter, die das ohne grossen Aufwand möglich machen. Dies würde grobe Sachbeschädigungen an den Booten verhindern. Zudem interessiert ihn, was der Stadtrat beabsichtigt zu unternehmen, um die Untiefen zwischen Steg und Ufer zu beheben.

Für **R. Vetterli, parteilos,** ist es unbestritten, dass die Verwaltung/Stadtrat im Moment überlastet ist. Er hofft nur, dass mittelfristig Verwaltungsreform/Überlastung aus dem Vokabular der Sitzungen, im Interesse aller, gestrichen werden kann. Wären es nicht die vorher genannten Gründe, hätten sie dieser Fristverlängerung nicht zugestimmt, da eine grosse Unzufriedenheit zu diesem Thema herrscht, die nachvollziehbar ist. Sie werden der Verlängerung zustimmen, aber mit der kleinen Faust im Sack, da es für Herrn Moll, die Mitunterzeichner und alle anderen Interessierten in Stein am Rhein ärgerlich ist und auf dieses Reglement gewartet wird. Sie sehen aber auch, dass es im Interesse aller ist, wenn das endgültige Reglement Hand und Fuss hat und mit dem Kanton abgeglichen ist. Sie gehen davon aus, dass dies am 30. November 2013 so ist.

J.-M. Rossi, ÖBS, ist etwas enttäuscht, dass der Volkswille nicht ernster genommen wird. Es kann bei allem Verständnis für Überlastung doch nicht sein, dass jede Motion 2-3 Jahre geht. Er würde vorschlagen, dass wegen der divergierenden Meinungen an der nächsten Sitzung etwas wie eine Skizze vorgelegt wird, bei der man einen politischen Willen erkennen kann, auf welche Seite es geht. Er bittet deshalb die Einwohnerräte, den Antrag abzulehnen oder auf den 21. Juni 2013 vorzuziehen.

S. Brügel, Stadtschreiber, kann bestätigen, dass ein Reglement vorliegt, dieses wurde zur Vernehmlassung zugestellt. Diese Vernehmlassung hat stattgefunden und sie haben ein total neues zweites Reglement parallel dazu zurückbekommen, das andere Beweggründe, andere Inhalte mindestens zur Diskussion stellt. Da eine Übereinkunft zu finden, die auch noch rechtlich funktioniert, ist fast nicht möglich. Der Rhein gehört dem Kanton, die Stadt ist geduldet. Stein am Rhein hat eine Konzession und diese wurde allen Parteien, allen Vereinen zugestellt und diese müsste innerhalb der Parteien zirkulieren. Eine Lösung zu finden, die allen Bedürfnissen gerecht wird, das ist im Moment einfach noch nicht gelungen. Da nützt eine Gegenüberstellung auch nichts, da wurde das Ei des Kolumbus noch nicht gefunden.

C. Della Giacoma möchte sicherstellen, dass vom Entwurf vom 29.8.2012 gesprochen wird.

S. Brügel erklärt, er spreche vom zweiten Entwurf von Mitte Dezember. Dieser ist im Kreis der Motionäre mit anderen Teilnehmern entstanden.

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt die Fristverlängerung für die Behandlung der Volksmotion Moll bis 30.11.2013 mit 12 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme.

Mitteilung an
Heinz Moll, Undergass 13, 8260 Stein am Rhein (für sich und die Mitunterzeichner)
Bau-/Werkreferent
Stadtschreiber
Bereichsleiter Bau
Stadtkanzlei (Sitzungsunterlagen)
Ablage

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat **03.20.000**

8. Postulat Gruhler
Wechselwirkung von Wohn-, Gewerbe-, Industrie- und Naturschutzzonen

Unter dem Sprichwort „Besser spät als nie“ stellt **Irene Gruhler, SP,** fest, dass die Stadt Stein am Rhein mit der Planung der Entwicklung in der Industrie- und Wohnzone zu spät ist. Sie und die Mitunterzeichner/in sind auch etwas zu spät, da sie dieses Postulat gerne in eine Interpellation umwandeln möchten. Es fanden in den letzten Tagen Gespräche statt, die sie dazu bewogen haben. Nicht zuletzt soll der stark ausgelastete Stadtrat nicht noch zusätzlich mit einem Postulat gefordert werden. Andererseits haben sie auch Signale erhalten, dass das Anliegen sehr wohl zur Kenntnis genommen wurde und die Problematik erkannt ist. Sie erwarten aber mit der Umwandlung des Postulates in eine Interpellation, die weniger bindend ist, dass das Anliegen ernst genommen und auch aufgenommen wird.

Werner Käser, Einwohnerratspräsident, erklärt, dass die Umwandlung des Postulats in eine Interpellation durchaus möglich ist. Der Stadtrat müsste in der nächsten Sitzung Antwort darauf geben. M. Oderbolz möchte bereits in der heutigen Sitzung darauf antworten.

Irene Gruhler möchte noch eine Begründung abgeben. In der Wohn-, Industrie- und Naturzone Stein am Rhein Süd wie auch im Gebiet um das Feuerwehr-Depot und der Holzschnitzelheizung, liegen Gebiete der Industrie- und Gewerbezone direkt angrenzend an die Wohn- und Naturzone. Mit der zunehmenden Industrialisierung und dem wachsenden Bau von Wohnraum treffen grundlegend verschiedene Interessen der Gewerbetreibenden, der Bewohner und des Naturschutzes aufeinander. Die Genehmigung dieser Bauten obliegt dem Kanton, aber die Stadt Stein am Rhein hat den Auftrag, Wohn- und Naturschutzzonen von den Emissionen des Industriegebietes zu schützen.
Sie sind der Meinung, dass folgenden Punkte berücksichtigt werden müssen:

- Die Entwicklungschancen des bestehenden Gewerbes und Industrie sollen gewährleistet bleiben.
- Der Verkehrswert der Wohnzone muss erhalten bleiben.
- In den jetzigen Industriegebieten und den angrenzenden Wohnzonen gibt es bereits jetzt Verkehrsprobleme. Es sollen keine neuen Gefahrenmomente geschaffen werden für Fussgänger, den Langsam- und den Privatverkehr und auch für den Industrieverkehr.

- Der Umschlag der Industrie sollte nicht auf dem öffentlichen Raum stattfinden, auf den engen Quartierstrassen, wie dies jetzt im Degerfeld passiert.
- Die Industrie sollte gemäss den gesetzlichen Vorgaben kontrolliert werden und Massnahmen im Bereich des Umweltschutzes sollten umgesetzt werden.
- Die Bewohner/innen wie auch die Naturschutzzonen sollen vor Emissionen geschützt werden. Wie man heute Abend bereits betreffend Gebiet Holzschnitzelheizung hören konnte, führen Emissionen zur Belästigung der Bevölkerung in den angrenzenden Wohngebieten. Diesen Problemen könnte bereits während der Planung Rechnung getragen werden. Die Umtriebe für Anwohner, Stadt und Kanton könnten möglichst reduziert werden.

Die Interpellanten sind der Meinung, dass man mit Konzept und Leitlinien die Entwicklung, gerade von Stein am Rhein Süd, besser planen könnte und dies dringend notwendig wäre. Aufgrund einer vom Stadtrat in Auftrag gegebenen Studie wurde durch ein Büro berechnet, dass man in diesem Gebiet mit 600 – 800 Personen mehr rechnet, mit 1500 Bewohner/innen. Da werden vermehrt Ansprüche an die Stadt Stein am Rhein gelangen in Form von Schulen, Kindergarten, Erholungsraum, gute Verkehrswege, Altersheim, Alterswohnungen usw. Dies bedarf einer vorausschauenden Planung.
Aufgrund des neuen Raumplanungsgesetzes werden alle Zonen überprüft werden müssen. Sie sind der Meinung, dass bei dieser Überprüfung ein besonderes Augenmerkmal auf die Lebensqualität in den betroffenen Zonen gelegt werden muss. Sie möchte noch auf den Wirtschafts-Apéro verweisen, bei dem Thomas Holenstein angeregt hat, dass man Gemeinden unterstützt und auch entschädigt, falls sie Auszonungen vornehmen.
In diesem Sinne möchte sie zum Schluss nochmals wiederholen, dass das Postulat in eine Interpellation umgewandelt wurde und sie bitten den Stadtrat um Auskunft bezüglich:
- Wahrung der Interessen und Wohnqualität der Bewohner/innen in Wohnzonen, die nahe an der Gewerbe- und Industriezone leben.
- Überprüfung der bestehenden Emissionen. Welche Massnahmen sind in den genannten Zonen ergriffen worden und geplant? Mit Emissionen sind gemeint: Lärm, Gestank nach Rauch, evt. auch Altlasten in den Böden.
- Würde es Erleichterungen bringen, wenn man Leitlinien erstellen würde, die das Nebeneinander dieser verschiedenen Interessengruppen betreffen?
- Würde sich eine Zonenplanänderung aufdrängen im Zusammenhang mit der Überprüfung des neuen Raumplanungsgesetzes?

Sie dankt für die Aufmerksamkeit.

M. Oderbolz erklärt, der Stadtrat habe die Antwort auf das Postulat, jetzt Interpellation von Irene Gruhler, vorbereitet und dieses wird verteilt.
Er möchten Antwort geben auf den 1. Teil dieser Interpellation. Es geht darum, dass der Stadtrat gebeten wird:

Teil1: *die Situation in den Wohn-, Gewerbe-, Industrie- und Naturschutzzonen zu überprüfen bezüglich Wahrung der Interessen von Wohnqualität der Bewohnerinnen und Bewohner in Wohnzonen, vor allem nahe den Gewerbe- und Industriezonen.*
Nach der Beschreibung in der Interpellation handelt es sich vor allem um die Gebiete beim Herfeld/Werkhof und die Gebiete südlich der Bahnlinie.
Die bestehende Zonenplanung hat mit einem Regierungsratsbeschluss nach einer Volksabstimmung 2007/2008 Rechtsgültigkeit erhalten. Das Verfahren für einen Zonenplan ist von verschiedenen Kommissionen geprüft und von Experten erarbeitet worden. Eine Genehmigung eines Zonenplanes durchläuft diverse Prüf- und Genehmigungs-

instanzen (ER, öffentliche Auflage mit Einwendeverfahren: Jeder Bürger hat das Recht hier Bedenken anzumelden, Volksabstimmung) und ist ebenfalls vom Kanton vorgeprüft worden und vom Regierungsrat genehmigt worden. Ein Zonenplan ist ein Instrument, das miteinander erarbeitet und auch miteinander genehmigt wird.
Eine Bauordnung sowie ein Zonenplan haben einen Planungshorizont von 15 Jahren und gelten auch als Grundlage.
Im Rahmen der Erarbeitung des Leitbildes, das in Vorbereitung ist, der Umsetzung des Raumplanungsgesetzes und der Anpassung der Bauordnung aufgrund kantonaler Vorgaben, wird der Zonenplan in den nächsten 2-3 Jahren überarbeitet werden müssen. Dazu gehört das Leitbild. Es werden Arbeitsgruppen gebildet und solche Themen, wie in der Interpellation aufgeführt, können dann diskutiert werden.

Teil 2: *bestehende Emissionen (Lärm, Gestank, Rauch und evt. Altlasten wie Schadstoffe im Boden) zu überprüfen und einen Bericht erstellen, welche Massnahmen in den genannten Zonen ergriffen worden oder geplant sind.*
Die Emissionen haben den gesetzlichen Bedingungen zu entsprechen. Werden diese nicht eingehalten, verfügt der Kanton die entsprechenden Massnahmen (siehe Wärmeverbund). Von Seiten des Stadtrates sind keine Massnahmen in den genannten Zonen ergriffen worden oder geplant.
Die Überprüfung der Altlasten würde eine riesige Summe verschlingen, ob das sinnvoll ist und dann auch zum Tragen kommt und Nutzen bringt, muss jeder selber beurteilen.

Teil 3: *zu prüfen, ob ein Planungskonzept oder Leitlinien den Interessengruppen das Nebeneinander erleichtern könnte.*
Das Planungskonzept existiert und wurde einmal beschlossen, dies sind Zonenplan und Bauordnungen und diese würden sie gerne überarbeiten. Alle Interessengruppen, die sich in diesen Zonen bewegen, sollten sich an diese Bestimmungen halten.

Teil 4: *zu prüfen, ob sich auf Grund des neuen Planungsgesetzes im Hinblick auf die Erhaltung einer guten Lebensqualität eine Änderung des Zonenplanes aufdrängt.*
Wie bereits erwähnt, wird die Umsetzung des neuen Raumplanungsgesetzes vom Bund über die Kantone bis zu den Gemeinden noch einige Zeit, wenn nicht Jahre in Anspruch nehmen. Die Auswirkungen werden im Rahmen der Zonenplanüberarbeitung aufgenommen, beurteilt und beantwortet.
Was eine gute Lebensqualität beinhaltet, ist rein subjektiv und nicht jeder hat das Glück, ohne Lärm, etc. leben zu können. Es geht nur, wenn jeder Rücksicht nimmt und Verständnis zeigt, dies ist eigentlich wichtig. Aber alle können nicht nur die Schokoladenseite haben, dies ist leider so.

Soweit die Ausführung des Stadtrats. Er hofft, dass diese genügend ausführlich waren, damit sich jeder selber ein Bild machen kann, was der Stadtrat im Zusammenhang mit dieser Interpellation unternommen hat, unternehmen kann und unternehmen will.

Eine Diskussion innerhalb des Rates wird nicht gewünscht.

Irene Gruhler dankt dem Stadtrat für die schnelle Antwort. Es ist im Interesse aller, dass sie am Ball bleiben werden.

Beschluss

Kenntnisnahme

Mitteilung an
Irene Gruhler, Interpellantin, zum Nägelisee, 8260 Stein am Rhein
Bau-/Werkreferent

Bereichsleiter Bau
Stadtkanzlei (Sitzungsunterlagen)
Ablage

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat **03.20.000**

9. Zwischenbericht der Kommission Geschäftsberatungsprozess: Information

René Schäffeler, FDP, erinnert daran, dass sie am 18. Januar 2013 vom Rat den Auftrag bekommen haben, den Geschäftsberatungsprozess zu untersuchen und Vorschläge zu unterbreiten. Ein kurzer Bericht mit den Resultaten aus den Sitzungen, die sie als einwohnerrätliche Kommission durchgeführt haben, wurde zugestellt.
Er möchte kurz auf die wichtigsten Punkte eingehen, die im Bericht erwähnt wurden. Das Hauptthema ist die Gewaltentrennung und Oberaufsicht des Einwohnerrates. Hier ergibt sich ein gewisses Spannungsfeld. Auf der einen Seite existiert ein Informationsbedürfnis als Einwohnerrat, auch dass Informationen frühzeitig eintreffen, damit ein gewisses Verständnis für die Geschäfte erreicht werden kann. Es gibt immer wieder Themen, bei denen ein gewisses Unbehagen da ist, da immer wieder kurzfristig Anträge in den Einwohnerrat kommen, bei denen der Einwohnerrat gar nicht viel Handlungsspielraum hat. Da muss man mehr oder weniger die Vorlagen durchwinken. Um seine Oberaufsichtspflicht wahrnehmen zu können, braucht der Einwohnerrat gewisse tiefere Informationen. Auf der anderen Seite muss der Einwohnerrat auch eine gewisse Unabhängigkeit vom Stadtrat haben. Es ist nicht die Meinung, dass der Einwohnerrat bei der Erarbeitung von Geschäften mitwirkt. Dies ist die Grundlage, die vorausgeschickt werden muss.

Sie unterbreiten den Vorschlag mit zwei einwohnerrätlichen Fachkommissionen, welche die Brücke zwischen Einwohnerrat und Stadtrat bilden könnten.

- Fachkommission für Soziales, Betreuung, Bildung, Sport und Kultur, Gewerbe, Industrie und Tourismus (entsprechend den Referaten von Claudia Eimer und Heidi Schilling)
- Fachkommission für Bau, Planung, Sicherheit, Umwelt, Wald- und Landwirtschaft (entsprechenden den Referaten von Ernst Böhni und Markus Oderbolz)

Beim Referat Finanzen und Personelles (Referat Beat Hug) wird der Bereich Finanzen sowieso von der Geschäftsprüfungskommission abgedeckt und es macht Sinn, dass auch der personelle Teil durch die GPK behandelt wird.

Was sind die Aufgaben dieser beiden Fachkommissionen?
Es geht um die Vorberatung der Geschäfte. Dies sind aus seiner Sicht drei Phasen:
1. Bei strategischer Planung, Konzepte und Ziele muss der Einwohnerrat eingebunden werden, muss Informationen haben.
2. Ausarbeitung des Projektes ist Aufgabe des Stadtrates und seiner Arbeitsgruppe.
3. Bei der Beurteilung des Projektes, das zur Abstimmung in den Einwohnerrat kommt, ist wiederum der Einwohnerrat gefordert.

In der ersten und dritten Phase würden sie vor allem die Arbeit der neuen Kommissionen sehen. Keine direkte Ausarbeitung der Geschäfte, um die Gewaltentrennung wirklich zu erreichen.

Die Fachkommission soll sich jeweils aus fünf Einwohnerräten zusammensetzen. Die Grösse wurde diskutiert und weniger Mitglieder erachten sie als nicht sehr sinnvoll, da alle Fraktionen vertreten sein sollten, auch bei möglichen Abwesenheiten.

Warum zwei und nicht nur eine Fachkommission?
Eine Fachkommission, die die ganze Bandbreite der Geschäfte des Stadtrates abdecken sollte, erachten sie als problematisch. So ergibt sich die Möglichkeit, sich in Bereichen, in denen man eine gewisse Fachkompetenz mitbringt, zu engagieren. Eine einzige Kommission mit fünf Leuten ergibt einfach auch eine ungünstige Machtposition, da diese alle Geschäft vorbereiten und der restliche Einwohnerrat erst später einbezogen wird. Die Lösung, die sie zur Diskussion stellen, lehnt sich auch an die Lösung der Stadt Schaffhausen an, die sich bewährt hat.

Die Zuweisung von Geschäften soll durch das Büro des Einwohnerrates erfolgen. Der Einwohnerrat selber soll aber die Möglichkeit haben, sich dazu zu äussern. Das Büro des Einwohnerrates kann dies als Vorschlag machen und wenn der Einwohnerrat einverstanden ist, wird es so aufgenommen. Nicht jedes Geschäft muss durch eine solche Fachkommission gehen. Das sind die Grundüberlegungen.

Sie haben bewusst darauf verzichtet, schon in dieser Sitzung mit einem konkreten Vorschlag aufzutreten. An dieser Sitzung soll die mögliche Lösung vorgestellt und diskutiert werden, um an der nächsten Sitzung dann die nächsten Schritte vorzustellen.
Der Vorschlag würde bedingen, dass die Geschäftsordnung angepasst wird.

Irene Gruhler erklärt, dass alle den Entwurf für die Änderungen der Geschäftsordnung erhalten haben. Und zwar betrifft das Artikel 37 – 41. Sie will einige Änderungen kurz erläutern.
Art. 37: Neu werden ständige und nichtständige Kommissionen erwähnt und dass die Zuweisung der vorzuberatenden Geschäfte an die Kommissionen durch das Büro des Einwohnerrates oder den Einwohnerrat erfolgen kann.
Art. 38: das Wort vorgängig wird gestrichen und dafür eingesetzt, dass die erforderlichen Kredite durch den Stadtrat genehmigt werden müssen.
Art. 39: die gemachten Änderungen bedürfen keinen weiteren Erklärungen.
Art. 40: Es werden, wie von R. Schäffeler bereits erwähnt, die beiden neuen Kommissionen aufgeführt.
Das sind im Wesentlichen die bereits erwähnten Anpassungen, die jedem schriftlich vorliegen. Das betrifft auch Art. 41 mit den nichtständigen Kommissionen.
Diese Informationen sollen dazu dienen zu klären, was vonseiten Kommission mit den Anpassungen gemeint ist.

R. Schäffeler möchte noch den dritten Punkt ergänzen. Der dritte Teil der Kommissionsarbeit ist eine Motion zur Vernehmlassung, die noch beigefügt wurde, da es auch darum geht, das Ganze etwas zu entflechten und dass keine Doppelspurigkeiten entstehen. In verschiedenen städtischen Reglementen ist festgehalten, dass der Einwohnerrat in Kommissionen vertreten sein muss. Konkret sind das die Altersheim-, Feuerwehr-, Wasser- und Betriebskommission Wärmeverbund. Dort setzt das Reglement voraus, dass der Einwohnerrat mit einem oder mehreren Mitgliedern vertreten ist. Diese Damen und Herren wurden ja auch an der ersten Sitzung gewählt. Aus ihrer Sicht

macht es wenig Sinn, jetzt diese zwei einwohnerrätlichen Kommissionen zu bilden und parallel den Einsitz in den ständigen Kommissionen aufrecht zu erhalten. Sie möchten eine Motion einreichen, um in diesen vier Reglementen die einwohnerrätliche Vertretung herauszunehmen, d.h., dass die gewählten Mitglieder aus diesen Kommissionen ausscheiden würden. Diese Reglemente müsste man grundsätzlich noch weiter überarbeiten, aber das wäre Thema für ein mittelfristiges Projekt.
Damit alles zeitlich vernünftig ablaufen kann, wollten sie diese Vorschläge heute vorstellen und den Rat bitten, sich dazu zu äussern, Anregungen zu bringen. Die Idee wäre, dass an der nächsten Sitzung die Geschäftsordnung wie vorgeschlagen angepasst wird, die Motion überwiesen und gleichzeitig die Vertreter, jeweils fünf, in die beiden Kommissionen gewählt werden. Wenn das Thema noch weiter hinausgezogen wird, dann ist es irgendwann Sommer, bis die Kommissionsarbeit endlich aufgenommen werden kann. Es herrscht doch ein gewisses Vakuum, wie die Geschäfte jetzt bearbeitet werden und es wäre sinnvoll, wenn diese Kommissionen relativ früh in Kraft treten und mit dem Stadtrat zusammen die Geschäfte aufnehmen und beraten kann.
Ganz wichtig ist ihm zum Abschluss, dass der Stadtrat Stellung dazu nimmt, wie er die Zusammenarbeit mit den beiden vorgestellten Kommissionen sieht. Wenn der Stadtrat nicht willens ist, diese Kommissionen frühzeitig in die Geschäfte miteinzubeziehen, dann läuft sich das ganze tot. Es nützt nichts, wenn die Kommission drei Wochen vor der Sitzung, wie der Gesamt-Einwohnerrat, Unterlagen erhält und dann nochmals eine Stufe eingeführt wird, die die Vorlage bearbeitet, dann kann diese Zeit gleich gespart werden. Deshalb hätte er gerne eine klare Stellungnahme des Stadtrates.

Rolf Oster ist auch Mitglied dieser Kommission und möchte noch auf zwei Aspekte eingehen. Die neue Wortwahl in der Geschäftsordnung wurde aus der Verfassung der Stadt Schaffhausen genommen mit der Anpassung auf Stein am Rhein. Sie haben da nichts Neues erfunden und dies auch nicht juristisch überprüfen lassen. Aber sie haben das aus dem juristisch überprüften Dokument von Schaffhausen genommen. Die Oberaufsicht, die der Einwohnerrat hat, bedeutet nicht, dass man in die operativen Geschäfte des Stadtrates hineingeht. Der Einwohnerrat muss die Oberaufsicht, die Kontrollinstanz machen, es muss eine systematische Kontrollinstanz geben. Er hat die Unterlagen aus dem Kantonsrat den Mitglieder noch zugemailt und das ist die juristische Definition wie der Kantonsrat dies umsetzt. Ihnen ist bewusst, dass dies sehr schwierig ist, aber wenn man die Verfassung von Stein am Rhein umsetzen will, muss dies so gemacht werden. Der Erfolg hängt aber natürlich auch davon ab, wie der Stadtrat die Kommission bestückt. Er möchte nochmals darauf hinweisen, dass der Einwohnerrat Informationen vom Stadtrat benötigt, damit sie diese Arbeit leisten können.

C. Della Giacoma verweist darauf, dass R. Oster die staatsrechtliche Seite beleuchtet hat. Er möchte, dass man sich nicht zu sehr ins Detail verrennt und die Büchse der Pandora öffnet. Alles steht und fällt schlussendlich in der Zusammenarbeit und sein bisheriger Eindruck während seiner kurzen Zeit im Einwohnerrat ist, dass die Zusammenarbeit eigentlich sehr gut ist. Man kann gut miteinander sprechen und wenn das Fortbestand hat, wird das hier vorgestellte Projekt zum Tragen kommen. Er steht dem positiv gegenüber.

C. Eimer, Stadtpräsidentin, kann sich C. Della Giacoma eigentlich anschliessen. Dies bedingt natürlich, dass die Legislaturziele bekannt sind und diese sind in Bearbeitung. Das ist Voraussetzung, dass man dann miteinander arbeiten kann. Sie ist zuversichtlich, dass das gut kommt.

W. Käser, Einwohnerratspräsident, hat noch eine Frage zum Verständnis. Wie ist das gedacht, dass das Büro entscheidet, ob etwas der Kommission zugewiesen wird oder nicht? Im Moment ist es so, dass das Büro die Unterlagen nicht wesentlich früher als die anderen Einwohnerräte erhält. Um etwas in die Kommissionen überweisen zu können, müsste dieser Ablauf natürlich etwas Anders funktionieren.
R. Schäffeler erklärt, es müsste schon früher klar sein, z.B. auf einer Geschäftsliste, was kommt über die nächsten Sitzungen in den Einwohnerrat. Damit das Büro des Einwohnerrates als auch die Kommissionen selber wissen, was auf sie zukommt, wo müssen sie mitarbeiten, wo müssen sie etwas vorbereiten. Drei Wochen vor Sitzung nützt es auch nichts mehr, wenn das Büro die Unterlagen verteilt.
C. Eimer möchte ergänzen, dass es einen Übersichtsplan für das Jahr geben wird und dann ist klar, wo der Stadtrat am Arbeiten ist.
S. Brügel, Stadtschreiber, erinnert die Mitglieder des Büros vom letzten Jahr daran, dass es eine Planung gab, welches Geschäft in welcher Sitzung vorgelegt werden soll. Infolge der neuen Zusammensetzung ist bis jetzt ein Teil dieses Jahres bereits aufgelistet.
R. Oster denkt, dass es zwei Möglichkeiten gibt, wie die Kommissionen arbeiten können. Einerseits über die Liste mit den Legislaturzielen und andererseits können diese Fachkommissionen selbständig auf gewisse Dinge einwirken und beim Stadtrat anfragen, wie die Sache läuft. Es steht in der Geschäftsordnung, dass diese Kommissionen sich selber situieren und dann auch selber aktiv werden. Es ist nicht nur die Liste mit den Legislaturzielen, sondern wenn die Kommission etwas sieht, das interessiert, dann darf sie aktiv werden.

G. Marchetto möchte sich im Namen aller Kolleginnen und Kollegen bei den vier Mitgliedern der Kommission Geschäftsberatungsprozess für die geleistete Arbeit zur Ausschaffung des Arbeitsprozesses bedanken. Auch für die Ausführungen von heute Abend.

I. Gruhler hat noch eine kleine Ergänzung und es wundert sie, dass noch keine Frage diesbezüglich gekommen ist. Die Verwaltungsreform findet ja eigentlich statt, weil man weniger Kommissionen will. Und sie kommen jetzt und wollen zwei einwohnerrätliche Kommissionen, dies ist auf eine gewisse Art paradox. Bei der Arbeit in dieser Kommission war ihnen sehr schnell klar, dass sie dem Art. 16 der Verfassung der Einwohnergemeinde Stein am Rhein entsprechen müssen und die Aufsichtspflicht wahrnehmen müssen. Das ist den stadträtlichen Kommissionen eigentlich nicht möglich. Es hat viele Kommissionen gegeben, die Einwohnerräte sind verpflichtet gewesen, dort Einsitz zu nehmen, das wäre mit der vorgestellten Motion nicht mehr der Fall. Der Einwohnerrat hat jetzt seine Kommissionen, mit denen er aus seiner Sicht die Geschäfte anschauen kann und nicht am Erarbeiten von Geschäften beteiligt ist, wie es schon mehrmals genannt wurde. Dies findet sie wichtig für das Verständnis, wieso das jetzt so gelöst wird.

R. Schäffeler nimmt entgegen, dass die Vorschläge im Einwohnerrat unbestritten sind und er möchte nochmals darauf hinweisen, dass sie in der nächsten Sitzung die Geschäftsordnung anpassen, die Motion überweisen und gleichzeitig auch die Wahlen durchführen möchten. Die Bitte an die Einwohnerräte wäre, sich zu überlegen, ob und wie sie in einer solchen Kommission mitarbeiten möchten, damit dies speditiv durchgeführt werden kann.

Mitteilung an
AG Kommissionsarbeit, z.Hd. René Schäffeler
Stadtschreiber

Stadtkanzlei Sitzungsunterlagen)
Ablage

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat **03.20.000**

10. Allgemeine Umfrage

Informationen aus dem Stadtrat

C. Eimer, Stadtpräsidentin

Gemeinschaftspraxis

Die Arbeiten zur Bildung einer Arztpraxis an der Chline Schanz schreiten voran. Die Ärztekasse, eine Genossenschaft von Schweizer Ärzten, hat schriftlich zugesichert, dass sie den Betrieb führen wird. Diese Gesellschaft ist in mehreren Gemeinden bereits Betreiberin von "Xundheitszentren". Fragen betreffend die Liegenschaften sind weitgehend geklärt, in einem Fall liegt ein Vertrag vor. Derzeit laufen verschiedene Gespräche über die Form der Eigentumsverhältnisse beziehungsweise der Rechtsform der Eigentümergemeinschaft. Nun stehen die baulichen Anpassungen im Vordergrund; diese werden mit Unterstützung von Fachpersonen geplant, die eng mit der Ärztekasse zusammenarbeiten. Der Stadtrat und die Ärzte sind bestrebt, eine allseits gute Lösung zu erreichen.

Leitbild und Legislaturziele

Der Stadtrat hat sich mit der Erarbeitung des Leitbilds mehrfach auseinandergesetzt; Das Pflichtenheft für den Begleiter des Prozesses ist erstellt, die Ausschreibung erfolgt in Kürze. Der Stadtrat geht davon aus, dass nach den Sommerferien die Arbeiten am Leitbild unter Beizug der Bevölkerung beginnen.

Die Legislaturziele des Stadtrates sind ebenfalls in Erarbeitung. Die Aufgaben und Projekte sind aufgelistet, die Priorisierung ist erfolgt, so dass die Ergebnisse noch vor den Sommerferien veröffentlicht werden können.

1.August 2013

Anlässlich des Bundesfeiertages findet das traditionelle gemeinsame Frühstück mit musikalischer Umrahmung und Ansprache auf dem Rathausplatz statt. Alle Einwohnerinnen und Einwohner sind dazu herzlich eingeladen. Der Stadtrat hat nach umfangreichen Abklärungen insbesondere der Sicherheitsfragen entschieden, dass die Stadt nicht mehr als Veranstalterin des abendlichen Feuerwerks auftritt. In einer Arbeitsgruppe mit Vereinsvertretern, Sicherheitsfachleuten und Schiffländi-Anwohnern werden die Themen zu den möglichen abendlichen Aktionen weiter diskutiert.

Termine

Freitag, 3.Mai 2013, 19.30 Uhr Orientierung „Zeitgenössicher Garten Stein am Rhein“
Samstag, 8 .Juni 2013, Tag der offenen Türe Pumpwerk Etzwilen
Donnerstag, 13. Juni 2013, Wirtschaftsapéro

Heidi Schilling, Sozialreferentin

Alters- und Pflegeheim: Qualitätsüberprüfung

Der Stadtrat beauftragt die Firma OptiSysteme GmbH, Kaltenbach, mit der Evaluation der Leistungen und Kosten im Alters- und Pflegeheim Clara Dietiker. Die letzte derartige Betriebsanalyse erfolgte im Jahre 2000. Die Firma OptiSysteme GmbH hat bei über 250 Heimen entsprechende Analysen durchgeführt. In der Heimlandschaft ist sie anerkannt

und arbeitet mit verschiedenen Partnern zusammen, unter anderem auch mit dem Heimverband Curaviva. Die Ergebnisse werden im Herbst 2013 vorliegen und entsprechend kommuniziert werden.

Hotel Schwanen

Der Stadtrat wird seitens der zuständigen kantonalen Stellen laufend über die Veränderungen informiert. So mussten wegen der grossen Zuweisung durch den Bund und der Belegung in der Friedeck in Buch neue Flüchtlinge aufgenommen werden. Derzeit sind rund 35 Personen im Schwanen untergebracht, die Integrationskurse und Sprachschulen in Schaffhausen besuchen.

M. Oderbolz, Bau- und Werkreferent, orientiert im Zusammenhang mit der Eigentumsübertragung einer Teilparzelle des Rothus-Areals an die Jakob und Emma Windler-Stiftung. Fragen der Erschliessung der beiden Parzellen mit den zuständigen Personen bzw. dem Stiftungsrat der Jakob und Emma Windler-Stiftung wurden geklärt. Entlang der Hemishoferstrasse tritt die Jakob und Emma-Windler-Stiftung der Stadt Land ab, so dass das Rothus mit einem Trottoir für den Fussgängerverkehr erschlossen werden kann. Dies ermöglicht zugleich, die Situation auf der nördlichen Strassenseite, eine Verbesserung der Situation für den Langsamverkehr zu erreichen. Diese Massnahmen sind für alle Seiten ein Gewinn, sind doch die Erschliessungen der Rothus-Parzellen südlich der Hemishoferstrasse sichergestellt und die Verkehrsteilnehmer auf der Hemishoferstrasse können gezielt geführt werden.

E. Böhni, Sicherheitsreferent, teilt mit, dass die Bauamtsmitarbeiter vermehrt feststellen, dass die Kehrichtsäcke der Schwarztour zu früh deponiert werden. Die Tiere zerreissen die Säcke und machen eine grosse Schweinerei, die dann wieder beseitigt werden muss.
Auch bei den Grüngutmulden wird wieder Abfall deponiert und auch in der Mulde, hat es Abfall, der nicht dort hinein gehört. Er bittet alle, auch die Zuschauer, darauf zu achten, dass die Vorschriften eingehalten werden und nicht noch zusätzliche Arbeit entsteht.
Leider ist die Littering-Problematik auch in Stein am Rhein - trotz der besonderen Aktion im letzten Sommer - ebenfalls ein unangenehmes Thema. Der Stadtrat hofft, dass mit der Montage der neuen Abfalleimer im Verlauf des Frühsommers eine Verbesserung eintritt. Er ersucht alle, an der Verbesserung der Situation mitzuarbeiten und Fehlbare zur Ordnung zu mahnen.

Allgemeine Umfrage

G. Marchetto hofft, trotz den Äusserungen von Stadtpräsidentin Claudia Eimer, dass Stein am Rhein auch weiterhin ein Feuerwerk haben wird. Er konnte nicht heraus hören, dass es gar kein Feuerwerk mehr geben soll.

C. Eimer erklärt, es sei einfach so, dass der Stadtrat die Verantwortung für das Feuerwerk nicht mehr übernehmen kann, vor allem wegen der Sicherheit. Das bedeutet nicht, dass es nicht stattfindet, sie wissen es einfach nicht. Man kann da etwas zwischen den Zeilen lesen, mehr kann sie aber im Moment dazu nicht sagen. Sie haben es sich mit dieser Entscheidung nicht leicht gemacht und sie wissen, wenn sich eine Arbeitsgruppe oder Verein dem Thema annehmen will, diese wirklich Gas geben müssen. Es ist nichts unmöglich und sie sind sich bewusst, was das Feuerwerk für Stein am Rhein bedeutet. Es hat wohl ebenso viele Befürworter wie Leute, die froh wären, wenn es etwas ruhiger wäre am 1. August. Aber es ging ihnen einzig und alleine um den Sicherheitsaspekt, der den Stadtrat zu diesem Entscheid bewogen hat.

*****

P. Spescha möchte dem Stadtrat danken, dass er das Thema Kehricht wieder etwas in den Fokus stellt. Er findet es für eine Stadt wie Stein am Rhein problematisch, wenn am Sonntagmittag bei einem grossen Parkplatz bereits schwarze Abfallsäcke an einer Fahrverbots-Tafel hängen.

*****

R. Vetterli erinnert an das grosse Stadtfest 2007 und findet, man sollte sich wieder einmal überlegen, so etwas stattfinden zu lassen. Das war für alle ein verbindender, schöner Anlass gewesen, das war eine gute Sache. Er wäre schön, wenn man so etwas wieder einmal machen könnte.

C. Eimer erklärt, dies sei in der Arbeitsgruppe bereits diskutiert worden und es sind verschiedene Aktionen und Möglichkeiten angedacht worden.

*****

W. Käser ist vor der Sitzung durch die Bevölkerung angegangen worden, dass die Pflanzkübel auf dem Rathausplatz nicht mehr bepflanzt werden sollen. Ist daran etwas Wahres oder ist dies bloss ein Gerücht?
M. Oderbolz informiert, dass sie im Rahmen der Boulevard-Verordnung den Auftrag haben, die Flächen sauber zu begrenzen und anschliessend auch zu markieren. Im Rahmen davon sind sie am Überarbeiten der Unterlagen, da es Beschlüsse gibt, die schon vor Jahren gefällt worden sind, aber sie haben die Übersicht noch nicht. Darum wurden die Pflanzkübel erst im Bereich der Bänke bepflanzt. Sie werden demnächst auf die Personen zugehen, die Boulevard-Restaurants betreiben.
W. Käser merkt an, dass es ja Restaurants gibt, die eigene Pflanzkübel haben und er habe das so verstanden, dass die Stadt die öffentlichen Pflanzkübel nicht mehr bepflanzen werde. Ist das so?
M. Oderbolz teilt mit, dass die öffentlichen Pflanzkübel jetzt schon platziert sind und schon bepflanzt werden. Es geht um jene Pflanzkübel, die man im Rahmen der Boulevard-Verordnung zur Verfügung gestellt hat und nun müssen klare Richtlinien erstellt werden, daran sind sie jetzt.

*****

C. Dean hätte nochmals eine Frage zum 1. August. Wenn dies an die Öffentlichkeit kommt, wird dies eine grosse Gerüchteküche geben. Es ist wichtig, dass sie eine angemessene Auskunft geben können. Wurden die Sicherheitsvorschriften verstärkt, was muss man darunter verstehen, wenn von einem Sicherheitsproblem gesprochen wird?
C. Eimer präzisiert, sie spreche vom Sicherheitsaspekt. Bei so vielen Besucherinnen und Besucher am 1. August-Feuerwerk hatte man bis jetzt einfach Glück, dass nie etwas passiert ist. Und genau diese Verantwortung der Sicherheit als Stadt übernehmen, kann der Stadtrat nicht mehr. Bisher wurde das Fest ohne jegliches Sicherheitskonzept durchgeführt. Der Anlass ist mit der Zeit immer mehr gewachsen und sie sind selbst erschrocken, dass sie der Veranstalter sind. Alleine auf dem Rhein patroullieren zwei Boote der Kantonspolizei um zu verhindern, dass es zu irgendwelchen Vorfällen kommt. Die meisten Boote sind überladen, es ist eine wirklich schwierige Situation und sie können diese Verantwortung einfach nicht übernehmen.
W. Käser möchte wissen, ob denn Private diese Verantwortung besser übernehmen können.
C. Eimer weist darauf hin, dass bei den grossen Feuerwerken in Kreuzlingen und Neuhausen stets Vereine die Anlässe organisieren. Die Städte bezahlen einen Teil und stellen auch einen Teil der Infrastruktur zur Verfügung. Die Organisatoren haben ein Sicherheitskonzept, brauchen eine Versicherung und führen den Anlass durch. Sie haben eine Liste, mit der sie genau wissen, wo abgesperrt werden muss und was sonst unter einem Sicherheitskonzept zu verstehen ist. Das hat in Stein am Rhein bis jetzt nicht existiert.
Dazu kommt auch der finanzielle Aspekt, das Feuerwerk kostet für einmal Fr. 80‘000.-. Klar werden viele Sponsoren gefunden und es wurde auch immer durch das Gewerbe unterstützt, aber den Sicherheitsaspekt können sie nicht übernehmen. Es gibt also einen finanziellen und einen Sicherheitsaspekt. Es geht ein Teil des Kulturfonds weg, bei dem man sich fragen darf, ob man so viel Geld für diesen Moment ausgeben will oder ob man dies nicht etwas nachhaltiger investieren möchte. Bis jetzt hatte man einfach Glück, dass nichts passiert ist.
Ch. Flück will wissen, ob das heisst, dass die Stadt ein Feuerwerk bewilligen würde, wenn ein Verein mit einem Sicherheitskonzept dies durchführen würde.
C. Eimer bestätigt, dass wenn ein Sicherheitskonzept dies zulässt, die Stadt keinen Grund sieht, dies nicht zu bewilligen. Sie hatten die Offerte für ein Sicherheitskonzept, sie brauchten ja eine Entscheidungsgrundlage. Man braucht Polizei, Sanitäter, Entsorgungskonzept, Parkplatzkonzept usw., das Sicherheitskonzept von Kreuzlingen umfasst z.B. 21 Seiten. Ohne ein solches Konzept geht es bei so vielen Besuchern einfach nicht mehr.
R. Schäffeler möchte dem Stadtrat beliebt machen, dies etwas detaillierter zu begründen als mit dem Satz „aus Sicherheitsgründen“. Wenn man dies liest, kommt man auf den Gedanken, geht es um die Finanzen und ist dies einfach vorgeschoben. Es gibt sicher sehr viele Gründe, aber diese muss man auch darlegen. Dass das durch einen Privaten auf den 1. August organisiert wird, hält er für sehr unrealistisch.
C. Eimer möchte noch sagen, dass diese Woche ein Gespräch mit einer Arbeitsgruppe stattgefunden hat, es ist etwas im Tun. Es wurde abgesprochen, dass der Stadtrat genau so viel informiert, wie er dies jetzt macht und alle weiteren Informationen kommen nächste oder übernächste Woche.
E. Böhni möchte sich als neuer Sicherheitsreferent auch noch kurz dazu äussern. Als sie gehört haben, dass eigentlich verlangt wird, dass ein Sicherheitskonzept vorliegt, haben sie sich die Entscheidung auch nicht einfach gemacht. Der Stadtschreiber hat Offerten für ein Sicherheitskonzept eingeholt, es wurde überprüft, was es für Stein am Rhein brauchen würde. Die Brücke müsste z.B. durchfahrfähig sein und unten am Rhein müsste man Gitter machen. Sie waren sich gar nicht bewusst, dass sie die Ver-

antwortung bis um Mitternacht tragen. Bis jetzt waren sie der Meinung, dass sie bis zwölf Uhr Mittag, nach dem Bundeszmorge, zuständig sind und dies ist ein billiges Konzept, welches Fr. 3000 – 4000 kostet. Neben dem Sicherheitskonzept muss man sich dann schon auch fragen, ob man wirklich für 20 Minuten mehr als ein Steuerprozent ausgeben will, da kann man wirklich geteilter Meinung sein. Sponsoren für das Feuerwerk hat man noch nicht, die Wirtschaftslage ist nicht so rosig, aber es zeichnet sich ab, dass man das Feuerwerk privatisieren könnte. Und wenn diese Personen ein Sicherheitskonzept vorlegen können, wird dies auch bewilligt werden. Sie sind guter Dinge, dass das Feuerwerk, vielleicht einfach kleiner, auch dieses Jahr durchgeführt werden kann.

*****

R. Schäffeler möchte wissen, ob es betreffend Gemeinschaftspraxis noch eine öffentliche Veranstaltung geben wird.
C. Eimer bestätigt dies.

****

C. Eimer möchte zum Schluss noch etwas zum Thema Mitteilungen sagen. Es ist immer das Problem, dass wenn eine Mitteilung kommt, schon die erste Frage gestellt wird, weil man noch mehr und noch mehr Informationen haben möchte. Wenn der Stadtrat mitteilt, er befasse sich mit einer Sache, dann ist er daran. Dass Diskussionen bezüglich weiterer Angaben und offenen Fragen in dieser Angelegenheit dann nicht ausufern, muss die Aussage des Stadtrates "Wir sind dran." genügen.

Schluss der Sitzung 22.20 Uhr

Stein am Rhein, 15. April 2013

Die Protokollführerin

Yvonne Widmer